

Graubünden und Glarus

Weg vom Image eines Baumafia-Kantons

Lange hallte der Skandal um Preisabsprachen im Bündner Baugewerbe nach. Seit Sommer sollte er nun ad acta gelegt sein und man kann sich wieder auf andere Sachen wie beispielsweise den Bau neuer Hotels konzentrieren. In Glarus machte derweil die Landsgemeinde der Regierung vor, wie Klimaschutz geht.

Von Stefan Breitenmoser

Insgesamt 870 Seiten umfassten die beiden abschliessenden Berichte zum Bündner Baukartell, welche im Juni vorgelegt wurden. Einerseits handelte es sich dabei um den zweiten Teil des Berichts der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK), andererseits um den Bericht der von der Regierung angeordneten Administrativuntersuchung. Im Zentrum stand die Frage, inwieweit die kantonalen Behörden von den Vorfällen rund um die Preisabsprachen gewusst haben und zur Verantwortung zu ziehen sind.

Die PUK, notabene die erste in der langen Geschichte des Kantons Graubünden, übte grosse Kritik an den Behörden, kam aber zum Schluss, dass «keine aktive Beteiligung durch Mitarbeitende des Kantons bei den Submissionsabsprachen» vorliege. Der Bericht zeigte aber auch «dass Absprachen im Belagswesen bereits anfangs der 2000er-Jahre vermutet wurden», so die PUK in einer Medienmitteilung. «Weiter haben einzelne Mitarbeitende des Tiefbauamtes Submissionsabsprachen im Unterengadin nicht nur vermutet, sondern zunehmend

davon gewusst. Obwohl A. Q. (Whistleblower Adam Quadroni, Anmerkung der Redaktion) im Oktober 2009 das Tiefbauamt informierte, ergriff der Kanton erst nach Eröffnung der Wettbewerbskommissionsuntersuchungen im Jahr 2012 Massnahmen», so die PUK.

Zu ähnlichem Schluss kam auch der zweite Bericht. Die Untersuchung befasste sich vor allem mit den Vorwürfen gegen das kantonale Tiefbauamt sowie das Departement für Infrastruktur, Energie und Mobilität, das damals Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement hiess. Die Professoren Martin Beyeler und Andreas Stöckli von der Universität Freiburg fanden keine Hinweise, «dass die Mitarbeiter über Absprachen in konkreten Submissionsverfahren informiert waren oder absichtlich mit den Bauunternehmen kolludierten», so Stöckli.

Allerdings hätten sie auch nicht allzu genau hingeschaut. «Hinweisen, Indizien und Bauchgefühlen wurde nicht konsequent nachgegangen», meinte Regierungsratspräsident und Departementsvorsteher Mario Cavigelli. Mit diesem Fehlverhalten verletzen sie laut Stöckli ihre dienstrechtlichen Pflichten. Personelle Konsequenzen wird dies aber nicht nach sich ziehen. «Wir ergreifen keine personalrechtlichen Massnahmen», sagte Cavigelli. Sie hätten schliesslich ein Fehlverhalten, das zwölf Jahre zurückliegt, beurteilt. «Die Mitar-

beiter haben nicht aktiv etwas getan, sondern etwas unterlassen. Und sie haben für sich keine Vorteile angestrebt.» Er verstehe aber, dass ihr Verhalten zu Unmut in der Bevölkerung geführt habe.

Preisabsprachen im Misox

Cavigelli hofft, dass man nun möglichst rasch zu einer «neuen Normalität» zurückkehren könne. Und tatsächlich könnte der Bauskandal endlich abgeschlossen sein, denn in der abschliessenden Debatte im Grossen Rat ging es mehrheitlich darum, ob man sich wie von Linken und Bürgerlichen gefordert bei Adam Quadroni entschuldigen und ihn somit rehabilitieren soll, oder lediglich bedankt, wie es in der Zwischenzeit die Regierung getan hat.

Einig war man sich grösstenteils darin, dass die Einsetzung der PUK, welche damals einstimmig erfolgte, der richtige Entscheid gewesen war und dass der Fall nun abgeschlossen sei. Der Kanton Graubünden sei in der Zwischenzeit sowieso vom Prügel- zum Musterschüler bei der Vergabe von Bauaufträgen geworden. Die Bürgerlichen meinten gar, dass es nun an der Zeit sei, in die Offensive zu gehen. «Das Bild des Baumafia-Kantons trifft nicht zu», sagte SVP-Kantonsparlamentarierin Valérie Favre Accola, die Frau von Paul Accola.

Tatsächlich hat sich dank der Aufarbeitung des Bauskandals einiges im Berg-

kanton getan. So wurden zwar letztes Jahr weitere Preisabsprachen im Misox publik, weshalb die Eidgenössische Wettbewerbskommission (Weko) abermals eine Untersuchung einleitete, und welche nun sogar ausgedehnt wird, wie sie kürzlich kommunizierte. Doch dieses Mal kamen die Informationen nicht von einem Whistleblower, sondern vom Kanton selbst.

«Wir sind nicht mehr auf dem Stand von vor zehn Jahren. Verwaltung und Mitarbeiter sind sehr sensibilisiert auf dieses Thema. Es sind Auffälligkeiten gewesen, die uns unsere Leute gemeldet haben. Sie sagten, da kann etwas nicht stimmen. Daraufhin haben wir die Sache untersucht und diese Ergebnisse der Weko zur Verfügung gestellt», meinte Regierungsrat Mario Cavigelli gegenüber Radio Südostschweiz.

Stabiler Tiefbau

Auch der in dieser Sache viel gescholtene Graubündnerische Baumeisterverband (GBV) gibt sich alle Mühe, hat er doch in die letzten Jahren viele Aktivitäten zur Stärkung der Compliance unternommen, wie aus seinem Jahresbericht hervorgeht. Ansonsten hatte der GBV allerdings nicht nur gute Neuigkeiten. So sank die Bautätigkeit laut GVB 2020 um 14,4 Prozent. «Der Rückgang war vor allem im Wohnungsbau und im übrigen Hochbau begrün-

det, während der öffentlich nachgefragte Tiefbau mit einem Minus von 3,4 Prozent vergleichsweise stabil blieb. Der Anteil des Tiefbaus an der Baunachfrage erhöhte sich im vergangenen Jahr von 55 Prozent auf 62 Prozent, was ein klares Indiz für dessen Bedeutung ist», schrieb der GBV.

Im ersten Semester 2021 hätten aber die Auftragseingänge und die Bautätigkeit eine deutliche Zunahme erfahren. «Die erfreu-



Auf zu neuer Stärke: Der Kanton Graubünden will endlich den Bauskandal hinter sich lassen, ganz so wie dieser Holztransporter die Sunnibergbrücke bei Klosters.



Die alte Brambrüeschbahn soll rückgebaut werden und dafür eine neue Direktverbindung mit grösserer Personenkapazität erstellt werden.

| Graubünden | 2020 | 2021 |
|--------------------------------|---------|---------|
| Bevölkerung | 199 200 | 200 729 |
| Bevölkerungswachstum | 0,1% | 0,76% |
| Leerwohnungen | 1,40% | 0,87% |
| Fläche in km ² 7105 | | |

| Glarus | 2020 | 2021 |
|-------------------------------|--------|--------|
| Bevölkerung | 40 700 | 41 011 |
| Bevölkerungswachstum | 0,2% | 0,76% |
| Leerwohnungen | 1,83% | 1,72% |
| Fläche in km ² 685 | | |

lichen Daten dürften insbesondere im Wohnungsbau zu einem guten Teil in der Abarbeitung eines Projektstaus begründet sein, welcher sich im letzten Jahr im Zuge des Pandemielockdown und der allgemeinen Verunsicherung eingestellt hatte», schreibt der GBV zum ersten Semester 2021. Im Tiefbau käme die hohe Investitionsbereitschaft der öffentlichen Hand zum Ausdruck.

Diese Einschätzung deckt sich mit den Zahlen der Docu Media Schweiz (*siehe Bauwirtschaft Ostschweiz*), welche den Wohnbau im Kanton Graubünden stark erholt zeigen. Die Immobilienpreise ging in der Pandemie sowieso durch die Decke und das auch in Randregionen wie dem Engadin, wo kaum noch Liegenschaften auf dem Markt sind. Die Preise für Einfamilienhäuser stiegen laut einem Monitoring des Beratungsunternehmens Wüest Partner im vergangenen Jahr um 5,6 Prozent. Zum Vergleich: Zwischen 2010 und 2020 waren es gerade mal 2,4 Prozent. Mit Ausnahme von Mittelbünden, der Surselva und dem Mixox seien Einfamilienhäuser mit einem Preis von unter einer Million Franken absolute Mangelware.

Investitionen in den Hotellerie

Wie für andere Kantone gilt also auch für Graubünden, dass die Bauwirtschaft mit einem blauen Auge durch die Krise gekommen ist. Diese Aussage lässt sich aber nicht auf alle Branchen übertragen. So berechnete das Wirtschaftsforum Graubünden, wie stark sich die Pandemie auf den Geldbeutel der kantonalen Wirtschaft

in den Jahren 2020 und 2021 auswirkt, und kam zum Schluss, dass zwei Milliarden Franken an Wertschöpfung verloren gehen dürften. Der Umsatzrückgang über alle Betriebe hinweg betrage voraussichtlich sogar fünf Milliarden Franken. Am ärgsten gebeutelt sind laut diesen Berechnungen der Tourismus und die Gastronomie.

Die gute Nachricht ist jedoch, dass trotzdem wieder kräftig in den Tourismussektor investiert wird, vor allem was die Hotellerie betrifft. So hat Davos kürzlich den Bau des Tourismusresorts «Residenz Park Hotel» bewilligt und denkt selbst über die Verschiebung des Bahnhofs Davos Dorf nach (*siehe Projekte im Kanton Graubünden*). HCD-Trainerlegende Arno Del Curto baut in Arosa das Suitenhotel «Postresidenz», in St. Moritz werden einerseits die Bauarbeiten am historischen Hotel «La Margna» fortgeführt, andererseits kann das Projekt «Serletta Süd» realisiert werden. Auch in Klosters, Savognin, San Bernardino und Parpan sind grössere Ferienresort-Projekte zumindest angedacht, auch wenn man sich in Klosters leidenschaftlich gegen das Projekt «Ober Ganda» wehrt. Ilanz und Domat/Ems erhalten derweil rund um die Bahnhöfe ein neues Gesicht und Igis und Malans neue Dorfplätze.

In Chur hingegen bewegen eher die öffentlichen Bauten das Gemüt, auch wenn insbesondere Chur West zurzeit einer Grossbaustelle gleicht. So hiessen die Churer im Juni den Bau einer neuen Schul- und Sportanlage an der Ringstrasse für 89 Millionen Franken und dem Kauf der Stadthalle gut. Letzteres ist wichtig für

den Bau der neuen Brambrüeschbahn inklusive Hotellerie und Begegnungsort und die Planung des neuen Messezentrums in der Oberen Au.

Doch auch der Durchgangsverkehr, der sich insbesondere im Welschdörfli regelmässig zu Staus führt, ist immer wieder ein heiss diskutiertes Thema, weshalb selbst der Bau der Hochbrücke St. Luzi noch nicht vom Tisch ist. Kürzlich wurde gar der Sieger des Projektwettbewerbs dafür gekürt. Ausserdem strotzt das Agglomerationsprogramm der vierten Generation

«Hinweisen, Indizien und Bauchgefühlen wurde nicht konsequent nachgegangen.»

Mario Cavigelli,
Regierungsrat Graubünden

nur so von Ideen. Dabei geht es unter anderem um neue Buslinien, einen Umbau des Bahnhofs Landquart, neue Unterführungen und Velorouten. Daneben schreitet der Um- und Neubau des Kantonsspitals Graubünden voran und der Sieger des Architekturwettbewerbs für die neue Klinik für die Kinder- und Jugendpsychiatrie ist erkoren.

Gute Finanzlage

Finanziell scheint der Kanton Graubünden das Jahr 2020 gut verkraftet zu haben, obwohl die Coronakrise mit rund 60 Millionen Franken zu Buche schlug. Gerechnet hatte der Kanton mit einem Minus von 130 Millionen Franken, am Schluss resultierte ein Plus von fast 82 Millionen Franken. Als Gründe nennt der Kanton in einer Medienmitteilung die vierfache Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank, die Jubiläumsdividende der Bündner Kantonalbank und höhere Steuererträge. «Der Kantonshaushalt ist weiterhin gut aufgestellt, um die aktuelle Situation mit der Pandemie sowie künftige Herausforderungen zu meistern», schreibt der Kanton. Für das Jahr 2021 rechnet die Regierung mit einem Defizit von rund 34 Millionen Franken, betont aber die Schwierigkeit, im aktuellen Umfeld genaue Aussagen zu machen.

Ähnlich sieht es auch im Kanton Glarus aus, der fürs Jahr 2020 zum 16. Mal in Folge ein positives Ergebnis präsentieren konnte.

Der ausgewiesene Gewinn lag zwar «nur» bei rund einer Million Franken, doch vorher wurden Abschreibungen und Einlagen in die Steuerreserven von rund zehn Millionen Franken getätigt. Die Pandemie-Kosten beziffert der Kanton auf 11,2 Millionen Franken. Für das Jahr 2021 hat die Regierung zwar ein Defizit von rund zehn Millionen Franken budgetiert, doch da die Schweizerische Nationalbank in der Zwischenzeit bereits ein sechsfache Gewinnausschüttung angekündigt hat, dürfte es auch für das Jahr 2021 positiv aussehen.

Eine Lanze für den Klimaschutz

Nach zweieinhalb Jahren konnte Anfang September endlich wieder die Glarner Landsgemeinde stattfinden. Dabei stimmten die Stimmbürger auf dem Zaunplatz gleich mehrmals gegen die Regierung. So wurde die Einführung eines flächendeckenden ÖV ohne Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit beschlossen. Die Regierung wollte ebenfalls eine solche aber «unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte».

Ausserdem wurde unerwarteterweise auch ein Lanze für den Klimaschutz gebrochen. Denn als es um die Änderung des Energiegesetzes ging, wurden plötzlich aus dem Ring vier Verschärfungen beantragt, wovon drei gutgeheissen wurden. So müssen Neubauten ihren Wärmebedarf in Zukunft ganz ohne CO₂-Emissionen aus fossilen Brennstoffen erzeugen, obwohl nur die Pflicht zur Erzeugung von Eigenstrom vorgesehen war. Das Gleiche gilt für den Ersatz bestehender Heizungen. Ausserdem muss bei Bauten der öffentlichen Hand die Wärmeversorgung bis zum Jahr 2040 zu 90 Prozent ohne fossile Brennstoffe erfolgen. Die ursprünglich Vorlage sah 80 Prozent im Jahr 2050 vor.

Ansonsten geben die Nutzungspläne der Gemeinden nach wie vor zu reden. Glarus Nord und Glarus Süd hatten diese 2017 versenkt, worauf der Kanton unabhängig davon einen neuen Richtplan vorantrieb. Nun hat aber immerhin Glarus Nord im April den neuen Nutzungsplan abgesehen, obwohl es im Vorfeld wiederum zu Wortgefechten gekommen war. Umstrittenster Punkt dabei war die Mehrwertabgabe auf neuem Bauland, welche die Gemeinde gerne auf 30 Prozent festgelegt hätte, aber bei der ausserordentlichen Gemeindeversammlung, die gar in zwei Etappen abgehalten wurde, auf 20 Prozent gedrückt wurde.

In Glarus Süd hingegen wird es noch etwas dauern mit dem Nutzungsplan. Immerhin hat die fusionierte Gemeinde jetzt die ehemaligen Gemeinden Braunwald,



Zurzeit wird beim glarnerischen Muttsee das grösste Solarkraftwerk der Alpen realisiert. Dafür müssen die Photovoltaikmodule erst mit dem Helikopter in die Höhe geflogen werden, um dann an der Stauwand montiert werden zu können.

Weissenberge und Schlattberg in die Vorlage integriert. Denn diese hatten etwas Verspätung bei ihren Zonenplänen und Baureglementen.

Aufbruch am Fuss des Glärnisch

Insgesamt steht der Kanton Glarus abgesehen von den Versäumnissen bei der Raumplanung gut da. Die Task Force Wirtschaft schätzt die wirtschaftliche Lage insgesamt positiv ein, auch wenn sich die Situation in einigen Branchen wie beispielsweise dem Handel und dem Tourismus zuspitzen könnte. Fürs Baugewerbe und die Industrie sieht sie allerdings keine grösseren Probleme. Die Mühlen im Kanton

Glarus mahlen scheinbar oft ein weniger langsamer als anderswo. Trotzdem ist zurzeit eine gewisse Aufbruchstimmung spürbar. Davon zeugen nicht nur einige grössere Bauprojekte wie das Kartoni Quartier in Ennenda, sondern auch der Fakt, dass wieder über den Linthsteg oder die Umfahrung von Netstal und Glarus diskutiert wird. Bei der Gewinnung von Sonnenenergie im Alpenraum kann man gar auf das Vorzeigeprojekt am Muttsee verweisen (*siehe Projekte im Kanton Glarus*). Man darf also gespannt sein, was der Kanton, der schon mit der radikalen Gemeindefusion oder der Einführung des Stimmrechtsalters 16 überraschte, als nächstes im Schilde führt. ■



Blick Richtung Glarnerland: Die für die Region so wichtige KVA Linth soll für knapp 200 Millionen Franken erneuert werden.